

# Erste Hürden genommen

Das griechische Parlament hat das Kreditprogramm der Geldgeber akzeptiert. Nun öffnet die EZB den Geldhahn wieder. In Deutschland hingegen ebbt die Kritik nicht ab.

FABIAN FELLMANN

**BRÜSSEL.** Erleichterung schwappete gestern nachmittag über griechische Wirtschaftskommentatoren: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat entschieden, die Notfallkredite ELA («Emergency Liquidity Assistance») für die griechischen Banken um 900 Millionen Euro zu erhöhen. Vor mehr als zwei Wochen hatte die Zentralbank die ELA bei rund 90 Milliarden Euro gedeckelt, was umgehend zur Schliessung der griechischen Banken führte. Diese könnten nun gemäss Medienberichten ihre Schalter am kommenden Montag wieder öffnen. Allerdings dürften weiterhin Kapitalverkehrskontrollen in Kraft bleiben, wie gestern das griechische Staatsradio unter Berufung auf Bankenkreise meldete. Gegenwärtig können die Griechen pro Tag höchstens 60 Euro von ihren Konten abheben. Überweisungen ins Ausland sind nur nach einer Genehmigung der Zentralbank und des Finanzministeriums möglich.

## Kredit auch für den Übergang

EZB-Präsident Mario Draghi begründete die überraschende Entscheidung damit, dass das griechische Parlament am frühen Donnerstagmorgen dem Kreditprogramm der Geldgeber zugestimmt und erste Reformen beschlossen habe. «Die EZB wird weiterhin unter der Annahme handeln, dass Griechenland Mitglied der Eurozone ist und bleibt», sagte Draghi.

Die Finanzminister der Euroländer haben gestern zudem entschieden, mit Griechenland Verhandlungen über ein drittes Kreditpaket von bis zu 86 Milliarden Euro einzuleiten, die bis August dauern sollen. Für die Zwischenzeit bietet die EU Griechenland einen Übergangskredit von sieben Milliarden Euro an, die definitive Entscheidung darüber soll heute Freitag fallen. Das Geld dafür kommt aus dem Krisenfonds EFSM, den alle EU-Länder gemeinsam tragen, was



Bild: ap/Michael Probst

Hat Geldhahn wieder geöffnet: EZB-Chef Mario Draghi.

Grossbritannien missfiel. Es hat aber eingelenkt gegen Zusicherungen, dass nur Euroländer für den Kredit geradestehen.

## Schäuble weiterhin kritisch

Nun muss das Griechenland-Programm mehrere Abstimmungen in Parlamenten von Euroländern überstehen. Heute Freitag wird sich der deutsche Bun-

destag damit beschäftigen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beantragt zwar Zustimmung, doch hat er gestern erneut öffentlich Zweifel an dem Paket geäussert. «Sehr viele Ökonomen, übrigens auch in Griechenland zunehmend, zweifeln ja daran, dass Griechenland ohne einen wirklichen Schuldschnitt seine Probleme lösen

kann», sagte Schäuble dem «Deutschlandfunk». Bleibe das Land Mitglied der Eurozone, sei ein Schuldenschnitt allerdings verboten. Ein Grexit wäre darum «vielleicht der bessere Weg», sagte Schäuble, der zu verstehen gab, er sei mit Kanzlerin Angela Merkel in dieser Frage nicht einer Meinung.

Dennoch gilt die Zustimmung des Bundestags zu dem Paket als so gut wie sicher: In einem ersten Schritt geht es nun ohnehin nur um die Aufnahme der Verhandlungen. Zum Resultat kann sich der Bundestag dann wieder äussern.

## Strittige Schuldenerleichterung

In anderen nationalen Parlamenten hat das Griechenland-Paket erste Hürden genommen. In Finnland genehmigte der Grosse Ausschuss gestern das Verhandlungsmandat der Regierung. Ein Schuldenschnitt komme jedoch nicht in Frage, sagte Finanzminister Alex Stubb, über andere Formen der Schuldenerleichterung könne man allerdings verhandeln. Dass Griechenland darauf angewiesen ist, hält nun auch EZB-Präsident Mario Draghi für «unumstritten», wie er gestern sagte. In den kommenden Wochen müsse entschieden werden, in welcher Form der Schuldenberg umzuschichten sei.

## Euroländer unter Zugzwang

Draghis Bemerkung bringt die Euroländer unter Zugzwang. Sie wollen sich erst in einigen Monaten mit der Schuldenlast Griechenlands befassen, wenn das Land den ersten Teil des Kredit- und Reformprogramms umgesetzt hat. Möglicherweise müssen sie diesen Schritt nun jedoch vorziehen. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) pocht darauf, dass die Euroländer Griechenland deutlich mehr Erleichterungen gewähren müssen, als sie bisher vor hatten – sonst nimmt der IWF möglicherweise an dem Programm nicht teil.

# Auch Japans Truppen sollen im Ausland kämpfen können

ANGELA KÖHLER

**TOKIO.** Japans nationalkonservativer Premier Shinzo Abe hat gestern mit seiner Zweidrittelmehrheit im Unterhaus ein Sicherheitsgesetz durchgedrückt, das die Entsendung von Truppen ins Ausland ermöglichen könnte. Seit seinem Amtsantritt hat Abe vehement dafür gestritten, jetzt schaffte er vollendete Tatsachen. Künftig schliesst die Verfassung nicht mehr aus, dass japanische Soldaten an Bündniseinsätzen mit den USA teilnehmen. Dafür brauchte der Premier jedoch markige Drohungen, um selbst die Parlamentarier der eigenen Fraktion in Reih und Glied zu bringen. «Die Sicherheitslage um Japan wird ständig angespannter», warnte er mit indirektem Verweis auf China. «Die neuen Gesetze sind entscheidend, um das Leben des japanischen Volkes zu schützen und einen Krieg zu verhindern.»

## Auf Pazifismus ausgerichtet

Abe schlägt viel Widerstand entgegen. Schon Stunden vor der Abstimmung versammelten sich rund 20 000 Demonstranten vor dem Tokioter Reichstag. Tags zuvor zogen gar 100 000 Gegner mit Plakaten durch die Strassen der Hauptstadt. So viel Widerstand hat es in Japan seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben.

Auch rund 110 Kommunalvertretungen, darunter nicht wenige Politiker der regierenden Liberal-Demokratischen Partei, versuchten, Abe mit Parlamentseingaben daran zu hindern, die auf Pazifismus ausgerichtete Nachkriegsverfassung aufzuweichen. Genauer gesagt, den Paragraphen neun, der den Streitkräften einen Einsatz ausserhalb des nationalen Territoriums untersagt. Nicht nur das. Japan ist bisher ausdrücklich verpflichtet, auf Kriegsführung zu verzichten und Konflikte nicht mit Waffengewalt zu lösen.

Dies wird durch die Realität aber immer mehr in Frage gestellt. Zum Beispiel durch die heute noch hypothetische, politisch aber vorstellbare Annahme, dass Nordkorea den US-Pazifik-

stützpunkt Guam mit Raketen beschiesst. Diese fliegen durch japanischen Luftraum, doch Tokio müsste dies tatenlos hinnehmen, weil ja keine direkte nationale Gefahr bestehen würde. Es sei denn, eine Rakete ginge auf japanischen Boden nieder. Erst dann greift die aktuelle Verfassung. Nicht nur Militärs finden diese Lage absurd.

Japan unterhält seit 60 Jahren ein Berufsheer von nun 240 000 Mann (ohne Reserve) mit hochmoderner Bewaffnung – ohne konkrete Aufgabe und von Teilen der Bevölkerung als «Stiefelputzer-Truppe» verspottet. Andererseits ist das Land in ein pazifisches Bündnis mit den USA eingebunden, die es durch einen Atomschirm schützen. Auch gegenüber Südkorea ist Japan eigentlich zu mindestens passivem Beistand verpflichtet.

## Abe will politische Stärke

Terrorismus, Cyberangriffe, das unberechenbare Nordkorea und ein immer aggressiver auftretendes China sind Bedrohungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem Japan schwere Schuld auf sich geladen hat, aber noch gar nicht existierten. Abe will deshalb «die Verfassung angemessen interpretieren und den geopolitischen Realitäten» anpassen. Die Bevölkerung ist jedoch laut Umfragen zu 67 Prozent dagegen, da sie mit der Friedensverfassung bisher recht gut lebt und nun fürchtet, in US-Kriege fernab von Ostasien eingebunden zu werden. Abe hat es versäumt, diese Ängste auszuräumen. Ihm geht es vorrangig um die politische Stärke Japans, wohl auch im Lichte der massiven chinesischen Aufrüstung.



Bild: ap

**Shinzo Abe**  
Regierungschef Japans

## Schweden will Assange in Botschaft vernehmen

**STOCKHOLM.** Der schwedischen Justiz läuft die Zeit im Verfahren gegen den Wikileaks-Gründer Julian Assange wegen Sexualdelikten davon. Die Ermittler wollen ihn in Ecuadors Londoner Botschaft vernehmen – dazu brauchen sie aber die Erlaubnis Ecuadors. Dies teilte gestern das Büro der mit dem Fall betrauten schwedischen Staatsanwältin mit. Voraussetzung für die förmliche Eröffnung eines Verfahrens gegen Assange ist dessen Vernehmung. Die ihm zur Last gelegten sexuellen Übergriffe verjähren am 13. beziehungsweise am 18. August, die Vergewaltigung im Jahr 2010. (afp)

## George Bush senior nach Sturz im Spital

**PORTLAND.** Der ehemalige US-Präsident George H. W. Bush ist nach einem Sturz in seinem Ferienhaus im Bundesstaat Maine in ein Spital eingeliefert worden. Der 91-jährige Bush senior brach sich bei dem Unfall in seinem Anwesen in Kennebunkport einen Halswirbel. Er sei in ein Spital in Portland gebracht worden, sagte sein Sprecher dem Fernsehsender CNN. George H. W. Bush war von 1989 bis 1993 US-Präsident. (dpa)

# Ohne Steuern keine Entwicklung

An der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung ist die Gründung einer UNO-Steueragentur gescheitert. Sie sollte zugunsten der Entwicklungsländer eingreifen, denen Milliarden an Steuergeldern entgehen.

CHRISTIAN MIHATSC

**ADDIS ABEBA.** An der UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ging es kaum oder nur indirekt um Entwicklungshilfegelder. In der Abschlusserklärung steht wohl, dass die reichen Länder ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigern sollen. Dieses Ziel ist alt, es wurde 1970 verabschiedet, aber nur sehr wenige Länder erreichen es (die Schweiz kommt auf 0,5 Prozent). Trotzdem haben die Ausgaben für Entwicklungshilfe vorletztes Jahr ein neues Allzeithoch erreicht: Die reichen Länder investierten 135 Milliarden Dollar in die Entwicklung der ärmeren. Sie verweigerten sich jedoch erneut einer verbindlichen Verpflichtung auf die 0,7 Prozent.

## Über Steuern an mehr Geld

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein anderes Thema: Steuern. Die Entwicklungsländer verlieren jedes Jahr gegen 100 Milliarden Dollar durch Kor-

ruption, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Um dieses Geld für die Entwicklung nutzen zu können, haben die Länder ein Massnahmenbündel verabschiedet. So sollen multinationale Firmen in Zukunft Land für Land ausweisen, welche Gewinne sie erzielt und wie viel Steuern sie bezahlt haben. Firmen und Stiftungen sollen offenlegen, wem sie gehören. Zudem wurde die «Addis Tax Initiative» gegründet, mit der Industriestaaten Entwicklungsländer beim Aufbau effektiver Steuerbehörden unterstützen. Der deutsche Staatssekretär Friedrich Kitschelt sagte dazu: «Wer Steuersysteme fördert, stärkt damit zugleich die Demokratie.» Die Erfahrungen zeigten, dass Steuerzahler mitreden wollen, wie ihr Geld ausgegeben wird.

Unterstützung erfuhr zudem die Initiative «Steuerprüfer ohne Grenzen» der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Hier helfen (meist pensionierte) Steuerprüfer aus Industriestaaten ihren Kollegen in Entwicklungsländern. Pilotprojekte zeigen,

dass damit oft erstaunliche Verbesserungen des Steueraufkommens erzielt werden können: So hat ein Projekt in Kolumbien zu zehnmal höheren Steuereinnahmen innert dreier Jahre geführt.

## OECD gibt weiter den Ton an

Am heftigsten umstritten war die Frage, wie die globale Kooperation in Steuerfragen organisiert werden soll. Viele Entwicklungsländer forderten die Gründung einer neuen UNO-Agentur. Die Industriestaaten dagegen hielten die bestehende UNO-Expertenkommission für ausreichend. Praktisch ist allerdings die OECD federführend bei der internationalen Kooperation in Steuerfragen und nicht die UNO-Kommission. Die Industriestaaten konnten sich schliesslich durchsetzen. Pooja Rangaprasad von der «Financial Transparency Coalition», einem Netzwerk aus Entwicklungsorganisationen und Regierungen, sagte dazu: «Die Entwicklungsländer haben hart für die UNO-Agentur gekämpft, aber das heutige Abkommen ändert nichts an dem System der Bevormundung,

in dem eine Gruppe von 34 Ländern die ganze Macht hat. Die reichen Länder haben beschlossen, an einem System festzuhalten, in dem Geld von Süden nach Norden fliesst und die Regeln in die andere Richtung.»

## Neue Entwicklungsziele

Die Abschlusserklärung über Entwicklungsfinanzierung soll für die nächsten 15 Jahre die finanzielle Grundlage für die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele schaffen, die im September von der UNO verabschiedet werden. Es geht dabei etwa um die Bekämpfung von Armut, um Bildung für alle, sauberes Wasser, Toiletten etc. Dieser Zielkatalog löst die Millennium-Entwicklungsziele ab, die unter anderem zu einer Halbierung der extremen Armut beigetragen haben. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte zur Abschlusserklärung: «Dieses Ergebnis gibt uns die Basis, um eine globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederzubeleben, die niemanden zurücklässt.» Von anderer Seite wurde sie jedoch als zu unverbindlich kritisiert.

## US-Soldaten bei Schiesserei getötet

**WASHINGTON.** In der Stadt Chattanooga im US-Bundesstaat Tennessee hat gestern ein Mann Schüsse auf Einrichtungen der US-Streitkräfte abgefeuert. Wie Bürgermeister Andy Berke vor den Medien sagte, wurden vier Angehörige der Marine sowie der Angreifer getötet. Mehrere weitere Personen wurden gemäss amerikanischen Medien verletzt, darunter mindestens ein Polizist. Der Angreifer habe mehrere Waffen mit sich geführt. Ziele der Attacke waren eine Reservistenkaserne der Marine und ein gemeinsames Rekrutierungsbüro der Streitkräfte. Gemäss dem Fernsehsender CNN feuerte der Mann eine halbe Minute lang aus einem Cabriolet, bevor er selber getötet wurde. Die Sicherheitsbehörden konnten gestern noch keine Angaben darüber machen, ob die Tat einen terroristischen Hintergrund hat. Man ermittle in alle Richtungen.

Zwei grosse Hochschulen in der Nähe, das Chattanooga State Community College und die Lee University, forderten Studenten und Mitarbeiter auf, in den Gebäuden zu bleiben. Auch ein nahe gelegenes Einkaufszentrum schloss vorübergehend die Tore. (afp/red.)